

**Protokoll der konstituierenden Sitzung
des Beirates für Menschen mit Behinderungen**

Datum: 09.06.2022	Ort: Kaiserstr. 10, Besprechungsraum 1. OG	Zeit: 17.01-18.46 Uhr
-----------------------------	---	---------------------------------

Teilnehmende: Dr. Juliane Rumpf (Kreistagspräsidentin des Landkreises Rendsburg-Eckernförde); Christine von Milczewski (Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Landkreises Rendsburg-Eckernförde); Prof. Dr. Stephan Ott (Kreis Rendsburg-Eckernförde, Fachbereich Soziales, Arbeit und Gesundheit), Frank Sick (Kreis Rendsburg-Eckernförde, Fachbereich Soziales, Arbeit und Gesundheit / Protokoll)

Teilnehmende des Beirates für Menschen mit Behinderungen: Ralf Böge; Sabine Ivers; Petra Jütting; Bianca Körtge; Maren Lutz; Lennart Sass; Tobias Schauenburg; Ralf Stühmer; Michael Völker (Kreisbeauftragter für Menschen mit Behinderungen / Vorsitzender)

Tagesordnungspunkte:

- Begrüßung durch die Kreistagspräsidentin Frau Juliane Rumpf
- Einführung in das Amt
- Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
- Beratung über die Tätigkeit des Beirates (u.a. Geschäftsführung)
- Sitzungstermine
- Verschiedenes

Information	Zuständig- keit	Termin
Tagesordnungspunkt 1 - Begrüßung	Frau Dr. Rumpf	
Frau Dr. Rumpf begrüßt alle Anwesenden und ist erfreut, dass alle gewählten Mitglieder an der konstituierenden Sitzung teilnehmen können.		

<p>Tagesordnungspunkt 2 – Einführung in das Amt</p>	<p>Frau Dr. Rumpf</p>	
<p>Frau Dr. Rumpf geht zuerst auf die Aufgaben des Beirates für Menschen mit Behinderung ein. Dieser hat als Interessenvertretung eine wichtige Funktion. So soll er sowohl die Politik als auch die Verwaltung beraten und Bedürfnisse, Anliegen und Wünsche aus Sicht der Betroffenen formulieren, da diese oft ein anderes Empfinden in Bezug auf Bedarfe haben als Nicht-Betroffene.</p> <p>Grundlage für den Beirat ist das 2006 von der UNO-Generalversammlung verabschiedete und 2008 in Kraft getretene Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (<i>UN-Behindertenrechtskonvention</i>, UN-BRK).</p> <p>Obwohl Deutschland dieses Übereinkommen bereits 2011 ratifiziert hat, wurde in Schleswig-Holstein erst 2017 ein entsprechender Aktionsplan erarbeitet.</p> <p>Im Kreis Rendsburg-Eckernförde wurde schon 2018 eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines kreiseigenen Aktionsplanes geschaffen. 2020 konnte dann ein fertiger Aktionsplan dem Kreistag vorgelegt werden.</p> <p>Dieser orientiert sich an den Vorgaben des Landes und beinhaltet die Bereiche Bewusstseinsbildung; Bildung, Arbeit und Beschäftigung; Unabhängige Lebensführung; Bauen und Wohnen; Kultur, Sport und Freizeit; Gesundheit und Pflege; Schutz der Persönlichkeitsrechte; Partizipation und Interessenvertretung; Mobilität und Barrierefreiheit sowie Barrierefreie Information und Kommunikation.</p> <p>Insbesondere der § 4 Abs. 3 des Übereinkommens von 2008 legt fest:</p> <p>„Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein“.</p> <p>Diese Vorgabe wurde beginnend beim internationalen bis hin zum kommunalen Bereich beachtet.</p> <p>Wichtig waren immer die Hinweise von Betroffenen, damit die Politik sich ein Bild von den tatsächlichen Bedarfen machen</p>		

konnte. Ein praktisches Beispiel sind Beeinträchtigungen, die Menschen mit Behinderungen den Zugang zum Strand verwehren.

Der Beteiligungsprozess bei der Erstellung des kreiseigenen Aktionsplanes erfolgte nicht, wie ursprünglich geplant in Form eines Bürgerforums mit Marktständen, sondern pandemiebedingt in Form eines Fragebogens. Die Erkenntnisse aus dieser Fragebogenaktion sind in den Aktionsplan eingeflossen.

Ein Ergebnis des Aktionsplanes war die Schaffung eines Beirats für Menschen mit Behinderungen.

Nach der Erarbeitung einer Satzung, die im Kreistag verabschiedet wurde, konnte ein Bewerbungsverfahren für den Beirat durchgeführt werden. Im Rahmen der Arbeitsgruppe Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention wurde aus allen Bewerbungen eine Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten vorgenommen. Die hierauf basierende entsprechende Vorlage des Sozial- und Gesundheitsausschusses wurde im Nachgang durch den Kreistag beschlossen.

Heute nun sind die gewählten Beiratsmitglieder zusammengekommen, um in ihre gemäß der Satzung vorgegebenen Aufgaben und Rechte eingewiesen zu werden.

An sie alle ergeht der Dank der Kreistagspräsidentin für die zur Verfügung gestellte Zeit, das Engagement und das fachliche Können. Der Beirat bietet den Teilnehmenden im Gegenzug Information, Begegnung und aktive Gestaltungsmöglichkeiten.

Frau Dr. Rumpf wünscht allen Beteiligten sowohl alles Gute für als auch viel Freude an der Mitarbeit im Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Herr Völker sieht alle ihm wichtigen Dinge bereits angesprochen und wünscht ebenso alles Gute.

Frau Dr. von Milczewski betont in ihren Grußworten, dass viele, für Menschen mit Behinderungen wichtige Dinge von Menschen ohne Behinderungen oft nicht mitgedacht werden.

Sie regt Anträge an den Sozial- und Gesundheitsausschuss an. Der allgemeine Topf für Umsetzungsmaßnahmen des Aktionsplanes für das laufende Haushaltsjahr beläuft sich auf 100.000,- €. Größere Projekte können angedacht werden. Frau Dr. von Milczewski steht als Ansprechpartnerin hierfür zur Verfügung. Ebenso kann die Verwaltung sowohl Hilfestellung bei der rechtzeitigen Weitergabe von Anträgen leisten als auch bei

<p>Formulierungen oder Zuständigkeiten unterstützen.</p> <p>Prof. Dr Ott steht Vorschlägen aus dem Beirat offen gegenüber, betont aber, dass nicht alles sofort umsetzbar sein wird. Er bietet ebenfalls an, bei Fragen zur Verfügung zu stehen und besonders zu Anfang auch notwendige Kontakte zu vermitteln. Ebenso wird an allen Sitzungen eine Vertretung der Verwaltung teilnehmen und Anliegen weitergeben können.</p> <p>Prof. Dr. Ott dankt allen für Ihr Engagement und die zur Verfügung gestellte Zeit.</p> <p>Im Anschluss bittet Herr Völker alle Teilnehmenden sich kurz vorzustellen und die individuelle Motivation für die Mitarbeit im Beirat für Menschen mit Behinderungen darzustellen.</p>		
<p>Tagesordnungspunkt 3 – Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden</p>	Herr Völker	
<p>Die anschließende Wahl der beiden in der Satzung vorgesehenen stellvertretenden Vorsitzenden wird auf einstimmigen Beschluss der Beiratsmitglieder nicht geheim durchgeführt.</p> <p>Es werden aus dem Gremium Frau Maren Lutz und Herr Lennart Sass vorgeschlagen und in der nachfolgenden Abstimmung einstimmig gewählt.</p>		
<p>Tagesordnungspunkt 4 – Beratung über die Tätigkeit des Beirates (u.a. Geschäftsordnung)</p>	Herr Völker	
<p>Als Vorlage stellt Herr Völker in der kommenden Woche die Satzungen der Beiräte aus den Kreisen Ostholstein und Pinneberg zu Verfügung, die alle Beiratsmitglieder über die Sommerferien durchlesen und prüfen können.</p> <p>Ebenso wird ein erster Entwurf von ihm versendet, der in der nächsten Sitzung beraten, ggf. verändert oder ergänzt und final beschlossen werden soll.</p> <p>Im Nachgang soll die Verwaltung eine abschließende Rechtsprüfung dieser Geschäftsordnung vornehmen.</p>		
<p>Tagesordnungspunkt 5 – Sitzungstermine</p>	Herr Völker	
<p>Es wird ein vierteljährlicher Sitzungsrythmus beschlossen, der bei Bedarf erweitert werden kann. Die Sitzungszeit soll auf maximal 2 Zeitstunden beschränkt werden.</p>		

Sitzungsthemen sollen sein:

1. Sitzung: Geschäftsordnung (am 8. September 2022 ab 17 Uhr)
2. Sitzung: Visionen entwickeln (am 10. November 2022 ab 17 Uhr)

In der 2. Sitzung werden die Termine für das Kalenderjahr 2023 besprochen und festgelegt.

Ein Verteiler mit allen Beiratsmitgliedern soll erstellt werden, so dass eine direkte Kommunikation möglich ist. Diesem Vorschlag stimmen alle Beiratsmitglieder einstimmig zu.

Eine Vorankündigung (save the date) zur nächsten Sitzung soll in der kommenden Woche versendet werden.

2 Wochen vor den Sitzungen soll jeweils die offizielle Einladung versendet werden.

Sollten pandemiebedingt Präsenzsitzungen nicht möglich sein, sollen diese digital möglichst mit dem Programm zoom® stattfinden, da gerade in Zeiten der Pandemie die Belange von Menschen mit Behinderungen einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen.

Die notwendigen Gebärdendolmetscher werden von der Verwaltung für die einzelnen Sitzungen gebucht. Hierbei ist die 2-stündige maximale Einsatzdauer der Dolmetscher einzuhalten.

Die Vertretung der Verwaltung im Beirat für Menschen mit Behinderungen, die den Beirat von Verwaltungsseite unterstützen soll, wird den Beiratsmitgliedern noch mitgeteilt.

Tagesordnungspunkt 6 – Verschiedenes

Herr Sass bittet alle Beiratsmitglieder sich einen Maßnahmenplan in Anlehnung an den bestehenden kreiseigenen Aktionsplan zur Umsetzung zu erstellen und zur nächsten Sitzung mitzubringen. Ein aktiver Austausch hierzu könnte dann über einen E-Mail-Verteiler erfolgen.

Prof. Ott wird Herrn Völker über den Stand der Umsetzung des kreiseigenen Aktionsplanes informieren.

Herr Völker hat Kontakt zur Landeszeitung und möchte eine Presseveröffentlichung zur Gründung des Beirates initiieren.

Herr Schauenburg weist darauf hin, dass die Teilnahme an allen öffentlichen Ausschusssitzungen im Kreis für interessierte Bürgerinnen und Bürger möglich ist. Er schlägt vor, angelehnt an das Modell des Kreissenioresenbeirates auch je eine Vertreterin oder einen Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinde-

<p>rungen in wichtige Ausschusssitzungen zu entsenden.</p> <p>Herr Stühmer erinnert daran, auch nicht sichtbare Behinderungen (z.B. Zöliakie) zu berücksichtigen.</p> <p>Herr Völker weist auf Nachfrage darauf hin, dass der Kreis Rendsburg-Eckernförde und somit dieses Gremium nicht automatisch für die einzelnen Gemeinden zuständig ist, sondern diese selbstständig in der Umsetzung von Maßnahmen sind.</p> <p>Frau Dr. Rumpf schlägt vor, den Vorsitzenden des Kreisseniorenbeirats zur nächsten Beiratssitzung einzuladen, da der Kreisseniorenbeirat besonders am Austausch und Vernetzung mit allen Akteuren interessiert ist. Gemeinsam könnte auch besprochen werden, an welchen Gremien die Teilnahme eines Beiratsmitglieds sinnvoll wäre.</p> <p>Für eventuelle Projektanträge/Projektanmeldungen im Sozial- und Gesundheitsausschuss für den Haushalt 2023, die bis Oktober 2022 erfolgt sein müssen, wird vorgeschlagen, ggf. auf Platzhalter zurückzugreifen</p> <p>Herr Völker bittet zu prüfen, ob eine Einweisung in die Abläufe politischer Gremienarbeit durch Vertreter der Verwaltung für die Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderungen möglich ist.</p>		
<p>Die Sitzung schließt um 18:46 Uhr.</p>		